

## Ein sicherer Hafen für Familie Omari im Landkreis Esslingen!!



Morssal Omari (rechts) zu Besuch bei der Familie im November 2024 in Islamabad

Hiermit sprechen wir uns dafür aus, dass die rechtsverbindliche Aufnahmezusage im Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan (BAP) für Familie Omari beibehalten wird und die Familie nach Deutschland einreisen darf.

Es darf nicht soweit kommen, dass die Familie nach Afghanistan abgeschoben und damit der Gefahr von Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen durch die Taliban ausgesetzt wird.

Wir sprechen uns dafür aus, dass die Familie im Landkreis Esslingen aufgenommen und willkommen geheißen wird.

Organisation	Vertreten durch Vorname / Name*	E-Mail*	Unterschrift*
...			

\* wird nicht veröffentlicht

## Begründung / Informationen:

Die neue schwarz-rote Bundesregierung kungelt mehr mit den Taliban, um weitere Abschiebungen in das islamistisch regierte Afghanistan durchführen zu können als dass sie sich um die Menschen kümmert, denen die Ampelregierung aufgrund ihres Engagements für Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaat, Frauenrechte usw. im Rahmen des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan (BAP) oder anderer Programme eine Aufnahmezusage für Deutschland erteilt hatte. Von den über 3000 Menschen, die nach Amtsantritt der neuen Regierung eine Aufnahmezusage hatten und in Pakistan zurückgelassen waren, konnten zwar bis zum Jahresende 2025 etwa 1.500 Menschen nach zählen aber erfolgreichen Gerichtsverfahren einreisen. Den übrigen will der Innenminister Dobrindt (CSU) aber die Einreise verweigern und nimmt eiskalt das Risiko in Kauf, dass die Menschen nach Afghanistan zurückgeschoben werden und in die Hände der Taliban geraten. Davon betroffen sind vor allem die Personen aus der „Menschenrechtsliste“ und dem sog. Überbrückungsprogramm, aber auch einige Familien aus dem BAP.

Eine dieser Familien sind die Angehörigen der im Kreis Esslingen lebenden deutschen Staatsbürgerin Morssal Omari. Für die 9-köpfige Familie, zu denen die über 80-jährigen kranken Eltern der Morssal gehören, wurde bereits im Juli 2022 ein Aufnahmeantrag gestellt. Seit bald vier Jahren dauert nun dieses Verfahren und für die betroffene Familie und auch für die in Deutschland lebenden Angehörigen wird es immer mehr zur unmenschlichen Quälerei. Die Familie könnte längst in Deutschland sein. Doch anstatt das Visum noch im Jahr 2024 zu erteilen, verlangte die Deutsche Botschaft im Januar 2025 einen Abstammungsnachweis für die jüngste Tochter durch Vorlage eines DNA-Nachweises, obwohl an der Identität kein Zweifel bestehen konnte. Dieses Verfahren dauerte mehr als drei Monate. Am 23. April stellte die Ampelregierung die Aufnahme Flüge ein und überließ der neuen Regierung das Weitere. Wie viele anderen wurde Familie Omari in Pakistan zurückgelassen.

Nachdem Innenminister Dobrindt die Aufnahme der zurückgelassenen Menschen für ausgesetzt erklärte und das Personal abzog, reichten im Juli 2025 zahlreiche Betroffene Eilrechtsklagen am Verwaltungsgericht Berlin ein. In vielen Fällen waren diese Klagen erfolgreich, bei Familie Omari wurde allerdings angeführt, dass eine Eilbedürftigkeit nicht bestehe, da das Verfahren vom AA nicht verschleppt worden sei, denn die Familie habe zu Anfang des Jahres ja noch „Mitwirkungshandlungen“ zu erbringen gehabt (Vorlage DNA-Nachweis).

Im August und September 2025 war die Familie wie alle anderen von der Abschiebung nach Afghanistan bedroht, weil die pakistanische Regierung Razzien durchführte. Glücklicherweise gab es aus diesem Gasthaus keine Abschiebungen. Im September erhielt die Familie dann das große und harte Sicherheitsinterview. Die Familie hatte danach ein gutes Gefühl. Das Verfahren sollte mit diesem Vorgang abgeschlossen sein und das Visum hätte ausgestellt werden können. Doch schlimmer geht immer. Mit allen Mitteln der Verhörtechnik beim Sicherheitsinterview und des Wort-im-Mund-Herumdrehens konstruierte das BAMF Ablehnungsgründe für einen Widerrufsbescheid. Ende Oktober eröffnete das BAMF das Widerrufsverfahren mit dem Ziel, die Aufnahmezusage zu entziehen und die Familie zur Rückkehr nach Afghanistan zu nötigen. Seitdem muss sich die Familie gegen die Unterstellungen des BAMF wehren und mit anwaltlicher Unterstützung durch sämtliche Instanzen gehen (siehe auch Chronologie). Insbesondere für die Eltern der Morssal ist diese Belastung lebensbedrohlich.

Die aktuelle Regierung begründet ihre Abwehrpolitik gegen Geflüchtete und ihre Abkehr von einer Politik der Menschenrechte primär mit der angeblichen Überlastung der Kommunen durch Geflüchtete. Wir sind aber überzeugt, dass die Kommunen weiterhin schutzbedürftige Menschen aufnehmen können, wenn sie wollen. Für diese eine Familie sollte es jedenfalls einen Platz in einem immer noch reichen Land / Bundesland / Landkreis geben.

Der Verein move on – menschen.rechte Tübingen e.V. war seit 2022 eine von 70 Meldestellen im Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan. Von den 100 bei der Bundesregierung final eingebrachten Anträgen wurden die meisten angenommen, doch nur 15 erhielten eine finale Aufnahmezusage (darunter auch Familie Omari). Von diesen 15 Familien konnten während der Ampelregierung 7 einreisen und seit Mai 2025 weitere 5 nach erfolgreichen Klageverfahren. Eine Familie wurde im August während der Razzien nach Afghanistan abgeschoben, konnte nach langem Kampf aber im Januar 2026 nach Pakistan zurückkehren. Gegen zwei Familien laufen harte und haarsträubende Widerrufsverfahren, eine davon Familie Omari.

Ausführliche Informationen gibt es hier: <https://sof.menschen-rechte-tue.org>

## Medienberichte:

20.06.2025, Südwest Presse: „Mit dem Herzen bei den Eltern“

10.12.2025, Südwest Presse, Schwäbisches Tagblatt Tübingen: „Die Rückkehr nach Afghanistan wäre der sichere Tod“

22.01.2026, Die Tageszeitung: [Widerrufene Zusagen für Afghaninnen. Ein glücklicher und ein unglücklicher Richter.](#) Das Schicksal zweier afghanischer Juristen veranschaulicht die Willkür der Bundesregierung.

## Kurze Chronologie des Falls Omari

Juli 2022	Erster Aufnahmeantrag noch vor Beginn des BAP. Dieser wurde nicht beachtet.
Dezember 2022	Neuer Antrag, nachdem das BAP begonnen wurde. Langwieriges Antragsverfahren mit vielen weiteren Schritten.
Februar 2024	Große Erleichterung und Freude: Die Familie erhält den Aufnahmebescheid. Damit können sie (auf eigenes Risiko und eigene Kosten) Afghanistan verlassen und bei der Deutschen Botschaft in Islamabad das Aufnahmevisum beantragen.
Juni 2024	Nach umfänglichen Schwierigkeiten bei der Passbeschaffung glückte der Familie die (legale) Ausreise nach Pakistan. Visumantrag bei der deutschen Botschaft.
Januar 2025	Anschreiben an das Auswärtige Amt mit Bitte um Beschleunigung des Verfahrens, da sich das Ende der Legislaturperiode näherte. Stattdessen wird die Familie aufgefordert, für das jüngste Kind einen DNA-Test zum Nachweis der Kindschaft beizubringen, obwohl die Identität durch Tazkira, Reisepass und Geburtsbescheinigung unzweifelhaft war. Dieses Verfahren dauerte drei Monate und der letzte BAP-Flug nach Deutschland ging am 23. April.
Mai 2025	Verzweifelter Offener Brief von Morssal Omari an die Bundesregierung sowie viele Bundestagsabgeordnete und dabei spezielle Unterstützungsanfrage an MdB Nils Schmid (SPD), Abgeordneter des Wahlkreises. Herr Schmid wurde in der Folge unterstützend tätig, konnte aber nichts erreichen.
Juli 2025	Weil Bundesregierung / Auswärtiges Amt untätig waren und die Betroffenen hängen ließen, reichte die Familie mit Unterstützung der Organisation Kabul Luftbrücke eine Eilrechtsklage am Verwaltungsgericht Berlin mit dem Antrag ein, dass die Aufnahmezusage rechtsverbindlich ist und das Visum erteilt werden muss. abgewiesen mit der Begründung, dass ja noch "Mitwirkungshandlungen" zu erbringen gewesen wären (DNA-Test) und von daher damals keine Eilbedürftigkeit bestanden habe.
August 2025	Der pakistanische Staat verliert die Geduld mit den Deutschen und betreibt Abschieberazzien in den Gasthäusern, in denen die Menschen mit Aufnahmezusage untergebracht sind. Auch Familie Omari ist permanent von der Abschiebung bedroht.
September 2025	Mehrstündiges Sicherheitsinterview mit allen Erwachsenen der Familie bei Vertretern von Kriminalbehörden und Geheimdienst. Auch die über 80-jährigen Eltern werden befragt.
Oktober 2025	Das BAMF eröffnet ein Widerrufsverfahren. Dem Ehemann (Bruder von Morssal) der Hauptperson wird vorgehalten, im Sicherheitsinterview widersprüchliche Angaben und Falschaussagen gemacht zu haben sowie Dokumente gefälscht zu haben. Mit Unterstützung des Anwalts reicht die Familie ausführliche Stellungnahmen zu diesen Vorhaltungen in Form eidesstattlicher Versicherungen ein.
November 2025	Das BAMF ignoriert die Klarstellungen der Familie und erlässt einen formalen Widerrufsbescheid. Zusätzlich wird jetzt angeführt, dass die Hauptperson keine besonders gefährdete Person sei. Das BAMF behauptet auch, dass eine Organisation, für die die Hauptantragstellerin tätig war, nicht existiere (doch auch dazu wurden von der Familie umfänglich Nachweise erbracht). Gleichzeitig verfügt das BAMF, dass die Familie die Unterkunft in Peshawar bis zum 11.12. verlassen haben müsse. Besonders zynisch: Eine weitere tageweise Unterbringung sei möglich, falls die Grenze zwischen Pakistan und Afghanistan geschlossen sei.
7.12. 2025	Der Anwalt der Familie klagt gegen den Widerrufsbescheid am Verwaltungsgericht Ansbach
16.12. 2025	Das VG Ansbach nimmt die Eilrechtsklage an
30.12.2025	Beschluss des VG Berlin: Der Familie muss das Visum erteilt werden
30.12.2025	Das BAMF legt Beschwerde gegen den Beschluss des VG Ansbach am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof ein.
21.1.2026	Das BAMF legt Beschwerde am OVG Berlin gegen den Beschluss des VG Berlin ein
22.01.26	Beschluss des VG Berlin: Dem BAMF wird eine Frist bis zum 6.2.2026 gesetzt und für den Fall, dass die Erteilung des Visums nicht innerhalb der Frist erfolgt, die Festsetzung eines Zwangsgeldes in Höhe von 10.000,00 Euro angedroht.



# Mit dem Herzen bei den Eltern

**Geflüchtete** Sie sollten längst in Deutschland sein. Doch noch immer sitzen die Angehörigen von Morssal Omari in Pakistan fest. Ein Tübinger Verein versucht zu helfen. *Von Elisabeth Zoll*

Ich bin total hilflos!“ Morssal Omaris Stimme zittert. Sie hat Angst um ihre Eltern. „Bei jedem Whatsapp-Telefonat hoffen sie auf gute Nachrichten von mir.“ Aber sie hat keine. „Ich versuche, Zuversicht zu geben“, sagt die 43-Jährige. Dabei weiß sie nicht, woher sie selbst die Kraft dafür nehmen soll. „Ich kann selbst kaum mehr.“ Die jahrelange Unsicherheit hat sie erschöpft. „Ohne Medikamente könnte ich meinen Alltag oft nicht mehr bewältigen.“

Morssal Omari lebt im Raum Stuttgart. Als Minderjährige ist sie 1999 aus Afghanistan nach Deutschland gekommen. Es war die Zeit der ersten Taliban-Herrschaft. Die Radikal-Islamisten machten damals Jagd auf junge Mädchen. „Meine Eltern haben alles versucht, um mich und meine Geschwister in Sicherheit zu bringen.“ Bis auf ihren Bruder Basir, der bei den Eltern blieb, leben alle über die Welt verstreut. Morssal kommt nach Baden-Württemberg, sie lernt Deutsch, macht eine Ausbildung und arbeitet heute im Öffentlichen Dienst. Nebenbei dolmetscht sie ehrenamtlich für die Polizei. „Ich lebe mein Leben in Deutschland. Aber ein Teil meines Herzens ist bei meinen Eltern.“ Und die stecken mit der Familie ihres Bruders seit elf Monaten in Pakistan fest. Die neunköpfige Familie wartet auf das Sicherheitsinterview, das Beamte von Bundespolizei und Verfassungsschutz in Pakistan führen. Doch sie erhalten keinen Termin. Die neue Bundesregierung drückt mächtig auf die Bremse.

Dabei gilt die Familie als gefährdet. Morssals Schwägerin Ba-

sira Omari war Chemielehrerin in Afghanistan und eine engagierte Kämpferin für die Rechte von Mädchen und Frauen. Noch nach der erneuten Machtübernahme der Taliban, 2021, unterrichtete sie junge Menschen. „Das war nicht nur mutig, sondern lebensgefährlich“, sagt Morssal Omari. Das hat auch die Bundesregierung anerkannt. Sie nahm die Familie nach zweijähriger Wartezeit im August 2023 auf in das „Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan.“ Die offizielle Bestätigung folgte im Februar 2024. Mit dem Papier konnte die Familie Afghanistan verlassen. Die Visa für rund 1000 Euro pro Person bezahlten sie mit dem Geld, das sie durch den Verkauf ihres Besitzes erlöst hatten. „Wir waren so erleichtert“, sagt Morssal Omari. Doch Islamabad entwickelt sich zur Sackgasse. Die dortige Regierung drängt darauf, dass die Flüchtlinge aus Afghanistan das Land verlassen. Visa werden nicht mehr verlängert. Die Omaris können jetzt kaum mehr das von der Bundesrepublik angemietete Gästehaus verlassen, in dem die neun Personen zwei Zimmer bewohnen. Wer ohne Papiere auf

der Straße aufgegriffen wird, wird in der Regel nach Afghanistan abgeschoben.

Die Lage ist ernst. Nicht nur für die Familie Omari. „Wer eine Aufnahmezusage der Bundesregierung hat, ist für die Taliban auf jeden Fall ein Verräter“, sagt Andreas Linder, Geschäftsführer des Vereins „move on – menschen.rechte Tübingen“. Er hat

„So genau geprüft, wie nur menschenmöglich.“

Morssal Omari bei der Antragsstellung für das Bundesaufnahmeprogramm unterstützt. 2500 Menschen mit einer Aufnahmezusage warten derzeit in Pakistan darauf, dass sich die neue Bundesregierung an die Zusage hält.

Alle Anträge sollen jetzt noch einmal überprüft werden. Tillmann Röder, bis vor kurzen im Innenministerium zuständig war für das Aufnahmeprogramm, kann das nicht nachvollziehen. Es habe noch nie ein Aufnahmeverfahren „mit einer so großen Kontrolldicke gegeben“, beton-

te er im Politik-Magazin Panorama. Jeder Fall sei siebenmal durchleuchtet worden. „Man hat so genau geprüft und ausgewählt, wie man es menschenmöglich nur machen kann.“ Offiziell reicht das nicht mehr.

„Es wird nach jedem Haar in der Suppe gesucht, um sich um die Verpflichtung zu drücken“, glaubt Andreas Linder. Dabei stellten Familien wie die Omaris kein Sicherheitsproblem dar. „Mit illegaler Migration hat das nichts zu tun.“ Schon vor der Zusage für das Bundesaufnahmeprogramm hatten die Betroffenen hohe Hürden zu überwinden. „move on“ hat 92 Anträge im Aufnahmeprogramm gestellt. 45 Familien gelangten in das Auswahlverfahren, für 15 gab es eine Zusage. Fünf davon sind inzwischen in Deutschland eingetroffen. Die anderen Familien bleiben im Ungewissen. Auch für 17.000 Menschen in Afghanistan, die bereits ausgewählt wurden, aber keine Zusage erhielten, bleibt es heikel. Diese haben kaum eine Chance auf Ausreise in ein sicheres Aufnahmeland. Linder: „Wir fürchten um das Leben vieler Menschen.“ Aufgeben will der Politik- und Kulturwissenschaftler nicht, der sich zehn Jahre lang auch im Flüchtlingsrat Baden-Württemberg engagiert hat. „Wir kämpfen weiter darum, dass sich Deutschland nicht von der Menschenrechtspolitik verabschiedet.“

Morssal Omari sorgt sich derzeit, dass ihr 84-jähriger Vater die Verzögerungstaktik nicht überlebt. „Ich möchte doch nur, dass wir nach den vielen Jahren der Trennung noch einige Zeit zusammen sein können.“

## Eine Klage gegen Berlin

Erstmals hat eine Afghanin die Bundesrepublik auf die Erfüllung ihrer Aufnahmezusage verklagt. Die Klage und der Eilantrag zielen darauf, das Auswärtige Amt dazu zu verpflichten, der Klägerin und ih-

rer Familie Visa zur Einreise nach Deutschland zu erteilen.

Bis zum Regierungswechsel in Berlin galten Aufnahmezusage als verbindlich. Das Bundesaufnahmeprogramm

richtete sich an Frauenrechtlerinnen, Journalisten, ehemalige Regierungsbeamte, Sicherheitskräfte, Oppositionelle und Richterinnen. In den Augen der Taliban sind sie Handlanger des Feindes.



# „Die Rückkehr nach Afghanistan wäre der sichere Tod“

**Menschenrechtstag** Der Tübinger Verein „Move on“ kämpft für gefährdete Afghanen: Trotz Sicherheitsüberprüfung verweigert die Bundesregierung den Familien das Visum – obwohl die Zeit drängt. *Von Miri Watson*

Die afghanischen Familien Omari und Qalandarzi sitzen noch immer in Pakistan fest – obwohl beide Familien bereits im Frühjahr vergangenen Jahres einen Aufnahmebescheid der Bundesregierung bekommen haben. Für beide Familien hat der Tübinger Verein „Move on“ Aufnahmeanträge gestellt, die zunächst bewilligt worden waren. In beiden Fällen hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) die Aufnahmehescheide im Herbst durch Widerrufungsverfahren infrage gestellt.

„Move on“ bemüht sich seit dem Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan im Sommer 2021 darum, bedrohte Afghaninnen und Afghanen – darunter Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten, ehemalige Politikerinnen und Politiker, Journalistinnen und Journalisten und Frauenrechtlerinnen – nach Deutschland zu bringen. Der Tübinger Verein war eine der Organisationen, die im Rahmen des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan gefährdete Personen melden konnten.

## Aufnahmehescheide widerrufen

Familie Omari erhielt im November den Widerrufsbescheid der Zusage. Die Begründung: Die Sozialarbeiterin und Lehrerin Basira Mohmand-Omari sei nach Ansicht der Bundesregierung eigentlich doch nicht wirklich gefährdet gewesen – und das, obwohl der Antrag der Familie ja längst geprüft und bewilligt worden war. Die Chemielehrerin hatte sich für die Rechte von Mädchen und Frauen eingesetzt und noch nach der Machtergreifung der Taliban 2021 versucht, junge Menschen zu unterrichten.

Ihre Schwägerin Morssal Omari lebt bereits seit 1999 in Deutschland; sie kam während der ersten Taliban-Herrschaft als Minderjährige hierher und hat sich hier ihr Leben aufgebaut. Ihre Eltern und ihr Bruder Basir blieben damals in Afghanistan. Morssal Omari sagt: „Meine Familie und ich befinden uns in einer sehr zerbrechlichen Situation. Meine Eltern wissen noch nichts von der Ablehnung – ich weiß nicht, ob sie diese Nachricht überhaupt überleben können.“

## Razzien durch Polizei und Militär

Fast ein Jahr hatte die Familie in Pakistan auf das Sicherheitsinterview warten müssen. In der Zwischenzeit übernahm in Deutschland die Regierung Friedrich Merz mit Innenminister Alexander Dobrindt und dem erklärten Ziel einer Migrationswende. Die längst bewilligten Anträge der in Pakistan wartenden Familien wurden noch einmal geprüft – und, wie bei Familie Omari, zum Teil zurückgenommen. „Die Trauer, als ich die Nachricht von der Ablehnung bekommen habe, hat sich angefühlt, als wäre ich in 1000 Stücke zerrissen worden und ich musste schauen, wo mei-



Morssal Omari bangt um ihre Familie: Im Rahmen des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan hatten ihre Eltern und die Familie ihres Bruders schon längst Aufnahmehescheiden bekommen – diese wurden aber inzwischen widerrufen. Die Familie sitzt noch immer in Pakistan fest.

Foto: Elisabeth Zoll/Archiv

„Aber ich kann nicht akzeptieren, wenn der Rechtsstaat sich nicht an Versprechungen hält.“

Maria Kalin,  
Rechtsanwältin

ne Körperteile sind“, sagt Morssal Omari. „Eine Rückkehr nach Afghanistan ist für meine Familie nicht möglich, das wäre der sichere Tod.“

Andreas Linder, Geschäftsführer von „Move on“, sagt: „Menschen in so einem Alter der Gefahr einer Abschiebung auszusetzen, ist auch eine menschliche Tragödie.“ In Pakistan bleiben wird die Familie wohl aber nicht können – die pakistanische Regierung schiebt immer wieder Afghaninnen und Afghanen ab. „Täglich kommen Militär und Polizei in die Gästehäuser, in denen die afghanischen Familien untergebracht sind, die Aufnahmehescheiden haben“, sagt Maria Kalin, Rechtsanwältin aus Ulm, die drei der Klageverfahren von „Move on“ übernommen hat.

Auch Familie Qalandarzi hatte die Aufnahmehescheide bereits. Hamidullah Qalandarzi war Mitglied der sozialdemokratischen Partei Afghan Mellat und Gouverneur der Provinz Khost. In der Vergangenheit überlebte Hamidullah Qalandarzi mehrere Anschläge. „In meinen Augen ist Herr Qalandarzi eine hochgradig gefährdete Person“, so Linder.

Das Widerrufungsverfahren wird im Fall der Familie Qalandarzi mit fragwürdigen Korruptionsvorwürfen begründet (wir berichteten). Die Quelle für diese Vorwürfe ist laut Linder und Qalandarzis Tübinger Anwalt Markus Niedworok ein älterer Artikel im „Washington Examiner“, dessen Wahrheitsgehalt nach deren

Angaben aber nicht von der Bundesregierung verifiziert oder falsifiziert worden sei. „Es wird ihm unterstellt, dass die Familie ein beträchtliches Vermögen haben soll“, so Linder. „Fakt ist aber: Sie mussten ihren Corolla verkaufen und einen Kredit aufnehmen, um überhaupt das Land verlassen zu können.“

## „Spiel auf Zeit“

Weil die Bundesregierung die noch offenen Verfahren zum Ende des Jahres beenden möchte, ist es ein „Spiel auf Zeit“, wie Niedworok sagt: „Wir haben noch zwei Wochen vor Weihnachten.“ Der Eindruck des Anwalts: „Die Bundesregierung macht auf gut Freund mit den Taliban.“ Auch Linder meint: „Auf die Zusam-

menarbeit mit den Taliban – um Abschiebungen zu intensivieren – wurde mehr Wert gelegt, als darauf, den schutzbedürftigen Leuten zu helfen.“ Die Menschen, die noch immer in Pakistan auf ihre Visa warten, seien „ein Stück weit Opfer des Rechtsrucks in Deutschland“, so Linder.

Sie könne akzeptieren, wenn eine Bundesregierung sich entscheide, Programme zu beenden, sagt die Anwältin Kalin. „Aber ich kann nicht akzeptieren, wenn der Rechtsstaat sich nicht an Versprechungen hält.“ Linder meint: „Die allerereinfachste Möglichkeit, dieses Programm zu beenden, wäre: Allen ein Visum zu geben und die Einreise nach Deutschland ermöglichen. Sie sind alle schon sicherheitsüberprüft.“

## Über 250 Organisationen fordern die Aufnahme

**Zum Tag der Menschenrechte** am 10. Dezember haben mehr als 250 deutsche Organisationen, darunter über 50 Bundesorganisationen, einen offenen Brief an die Bundesregierung – namentlich an die Bundesminister Alexander Dobrindt und Johann Wadepul – ge-

schrieben, in dem sie eindringlich die Aufnahme der Afghaninnen und Afghanen mit Aufnahmehescheide fordern.

**Noch immer warten** rund 1800 afghanische Menschen in Pakistan darauf, nach Deutschland in Sicherheit zu kommen. Über 70 Pro-

zent von ihnen sind Frauen und Kinder. Die pakistanische Regierung droht ihnen mit der Abschiebung nach Afghanistan, wenn sie nicht bis Ende Dezember das Land verlassen haben. „Die Zeit drängt. Es zählt buchstäblich jeder Tag“, heißt es in dem Offenen Brief.